



Foto: Schieck + Scheffler & Co GmbH

Bauindustrieverband Ost e.V.
Hauptgeschäftsstelle
Karl-Marx-Str. 27
14482 Potsdam
T 0331 7446-0
F 0331 7446-166
E info@bauindustrie-ost.de
www.bauindustrie-ost.de

**Fachgemeinschaft Bau
Berlin und Brandenburg e.V.**
Nassauische Str. 15
10717 Berlin
T 030 86 00 04-15
F 030 86 00 04-12
E mueller@fg-bau.de
www.fg-bau.de

■ Baukostensteigerung entgegenwirken

Den in den vergangenen Jahren stetig angestiegenen Preisen bei der Erstellung von Bauwerken liegt die gestiegene Kostenseite der Bauwirtschaft zugrunde, da die Produktionskosten seit 2015 deutlich gewachsen sind. Zum einen werden die Preise durch die gestiegenen Personal- und Materialkosten verursacht. Zum anderen trägt eine Vielzahl an gesetzlichen Regularien dazu bei, dass die Baukosten seit Jahren eine rasante Entwicklung nach oben nehmen. Es sind vor allem politische Entscheidungen, die den Großteil der Kostensteigerungen erklären. Die Auflagen in den Bereichen Energieeffizienz, Brandschutz, Barrierefreiheit, Schallschutz und auch die gestiegenen Ansprüche an vermeintlich nachhaltige Baustoffe haben das Bauen komplexer und somit teurer werden lassen. Zudem haben sich die Berliner und die Brandenburgische Bauordnung auseinanderdividiert. Darüber hinaus wirken sich zu lange Fristen in Planungs- und Genehmigungsverfahren auf die Steigerung der Baukosten aus.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Senkung der Baukosten für Sanierung und Neubau durch die kritische Überarbeitung von Auflagen und Regularien, z. B. Energieeffizienz, Brandschutz, Barrierefreiheit, Schallschutz, Erschütterungsschutz.
- Harmonisierung der Bauordnungen von Berlin und Brandenburg und konsequente Angleichung an die Musterbauordnung des Bundes.
- Förderung des seriellen Bauens, um die Effizienz zu steigern und die Kosten, insbesondere im Wohnungsbau, zu senken. Dies könnte unter anderem durch standardisierte Bauprozesse erreicht werden.
- Einführung und/oder Verkürzung von Genehmigungsfristen.
- Möglichst umfassende Einführung der Genehmigungsfiktion für Bauvorhaben.
- Einsatz von Recycling-Baustoffen sowie eine auf die physikalischen Eigenschaften, den Stand der Technik und Produktneutralität fokussierte Verwendung von Baustoffen.
- Ausweitung des Kataloges von bauanzeigepflichtigen Vorhaben.
- Einführung von verbindlichen Baukostenchecks bei neuen Gesetzen bzw. bei Gesetzesänderungen.

■ Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung unterstützen

Der Fachkräftemangel des Landes Brandenburg ist eine branchenübergreifende Herausforderung, welche sich durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in verschiedenen Bereichen der Bauwirtschaft manifestiert. Insbesondere in den ländlichen Regionen Brandenburgs ist dieser Mangel besonders akut, da viele junge Menschen in urbane Gebiete abwandern oder sich für alternative Berufsfelder entscheiden. Das niedrige Geburtenniveau und eine zunehmende Alterung der Bevölkerung tragen zur Verschärfung des Fachkräftemangels bei. Die Konkurrenz um Fachkräfte zwischen den Bauunternehmen verstärkt diese Problematik zusätzlich. Trotz verschiedener Initiativen zur Förderung der Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bleibt der Fachkräftemangel ein drängendes Thema, das langfristige und umfassende Lösungsansätze erfordert.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Etablierung von Rahmenbedingungen zur Förderung von Kooperationen zwischen Betrieben und allgemeinbildenden Schulen zur Sicherung qualifizierter Fachkräfte in der Bauwirtschaft und Maßnahmen zur Identifikationsentwicklung mit handwerklichen Berufen, die zur Verbesserung des Images der Bauberufe und zur Anziehung junger Menschen für eine Ausbildung im Bauwesen führen.
- Veränderung des Übergangssystems, weg vom allgemeinen schulischen Übergang, hin zur individuellen, berufsnahe Förderung der Ausbildungsreife, entsprechend der Fähigkeiten und Voraussetzungen von Jugendlichen.
- Ausbau der infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere des ÖPNV, um der Zielgruppe den Weg zu Ausbildungsorten gerade im ländlichen Bereich zu vereinfachen.
- Förderung der Integration digitaler Technologien und innovativer Lehrmethoden in der Ausbildung, um den zukünftigen Fachkräften eine zeitgemäße Qualifizierung und zu ermöglichen.
- Synchronisieren der Ausbildungsordnungen Berlins und Brandenburgs.
- Heranführen der Schüler an handwerkliches Arbeiten etwa durch einen praxisnäheren WAT-Unterricht unter Einbeziehung der Ausbildungszentren, Wiedereinführung eines Werkunterrichtes an Grundschulen.

Gemeinsames Positionspapier der Brandenburger Bauwirtschaft



Foto: ZZECH Bau SE Niederlassung Berlin

Am 22. September 2024 wird der Brandenburger Landtag neu gewählt. Im Wettstreit um die besten Konzepte und Visionen für das fünftgrößte Flächenbundesland müssen vor allem die zentralen Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode hervorgehoben werden. Brandenburg hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich besser entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Es gilt in erster Linie, die Lebensqualität für die Brandenburgerinnen und Brandenburger und das Fundament der regionalen Wirtschaft kontinuierlich zu verbessern. Eine neue Landesregierung muss sich vor allem der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und der Errichtung einer modernen und zukunftsfähigen Infrastruktur annehmen. Darüber hinaus müssen die Chancen der Digitalisierung ergriffen und das Versprechen der Nachhaltigkeit im konstruktiven Austausch mit den Beteiligten eingelöst werden. Hierzu bedarf es guter Rahmenbedingungen sowohl für die Bauunternehmen als auch für die öffentliche Hand. Um dies zu erreichen, haben der Bauindustrieverband Ost und die Fachgemeinschaft Bau konkrete Forderungen an den neuen Landtag formuliert.

■ Landtagswahl BRANDENBURG | 2024

■ Infrastrukturentwicklung vorantreiben

Der wachsende Metropolraum Berlin-Brandenburg benötigt eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Dazu gehört ein gut ausgebautes und gepflegtes Verkehrsnetz mit einem den Mobilitätsanforderungen der Einwohner entsprechenden öffentlichen Personen- und Nahverkehr. Dies ist gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und erforderlicher Kohlenstoffdioxid-Einsparungen ein Muss. Hierzu gehört auch der ausreichende Ausbau und die reibungslose Instandhaltung der Versorgungsinfrastruktur. Aber auch die notwendige flächendeckende Versorgung mit Breitband ist ein wichtiger Faktor für ein modernes Brandenburg im 21. Jahrhundert.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Ausbau des ÖPNV in einem übergreifenden Konzept sowohl mit Blick auf die verschiedenen Verkehrsträger als auch gemeinsam mit Berlin über i2030 hinaus.
- Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes und des 5G-Netzes und die notwendige Netzsanierung.
- Erhalt und – wo nötig – Ausbau der bestehenden Straßeninfrastruktur und die zügige Instandsetzung der maroden Brücken des Landes.
- Bereitstellung von ausreichend Mitteln für die Planung und den Ausbau der Infrastruktur.
- Berücksichtigung der Belange des Wirtschaftsverkehrs bei allen Infrastrukturentwicklung, insbesondere im innerstädtischen Bereich.

■ Strukturpolitik gestalten

Brandenburg – und im Speziellen die Lausitz – steht vor erheblichen strukturpolitischen Herausforderungen. Die Region erlebt durch den Kohleausstieg einen beispiellosen Strukturwandel, der dazu führt, dass sich die bisher auf Braunkohle basierende Wirtschaft zu einem vielfältigen Mix aus Industrie, Wissenschaft und Tourismus entwickelt. Mehr als 13.000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt dem Wandel unterworfen und müssen möglichst gleichwertig ersetzt werden. Es gilt, das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel vehement zu verfolgen: Der Aufbau einer innovativen Wirtschaftsstruktur, die an den guten Rahmenbedingungen vor Ort ansetzt. Die regionale Bauwirtschaft spielt hier eine zentrale Rolle, um einen nachhaltigen wirtschaftlichen Wandel zu fördern. Einer der Hauptansätze bildet die Förderung der Infrastrukturentwicklung. Der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes und die Modernisierung des Mobilfunknetzes werden die Region attraktiver für Unternehmen und Investitionen vor Ort machen. Zudem müssen Investitionen in die soziale Infrastruktur getätigt werden, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und junge Familien sowie Fach- und Arbeitskräfte in die Region zu ziehen.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Aktivierung von Fach- und Arbeitskräften, die für eine erfolgreiche Strukturentwicklung in der Region unerlässlich sind.
- Systematische Identifizierung und Sicherung von Flächen für die Entwicklung und den Bau von Gewerbeimmobilien.
- Sicherung und Unterstützung der BTU Cottbus-Senftenberg als renommierte Ausbildungsstätte angehender Bauingenieure in Brandenburg durch die Landesregierung. Dem zu erwartenden großen Bedarf an hochqualifizierten akademischen Absolventen im Bereich Infrastruktur (Planung und Bau) muss Rechnung getragen werden.
- Unterstützung der Infrastrukturvorhaben Cottbus-Lübbenau und Bahnhof Fangschleuse durch die Landesregierung: Die Planung und Realisierung durch die Deutsche Bahn müssen von der Politik flankiert werden.
- Ausbau des Schienennetzes und der zugehörigen Infrastruktur gemeinsam mit Berlin nach einem länderübergreifenden Konzept analog zu den Vorschlägen des Bündnisses Schiene Berlin/Brandenburg.
- Sechsstreifigen Ausbau der A13 zwischen Schönefelder Kreuz und Dreieck Spreewald, um auch die metropolfernen Regionen Brandenburgs adäquat anzubinden und somit eine wichtige Voraussetzung für den Strukturwandel der Lausitz zu schaffen. Der Bund und das Land Brandenburg müssen hier zusammenarbeiten.

■ Verwaltungsmodernisierung durchsetzen

Die fortschreitende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist von zentraler Bedeutung für die Effizienzsteigerung und Serviceverbesserung in allen Branchen. Im Besonderen kann hier die Bauwirtschaft profitieren. Jedoch tragen die bisher eingeleiteten Schritte bislang nicht zu einer spürbaren Entlastung beim Zeit- und Personalaufwand in der Baubranche bei – allen von der Politik beteuerten Digitalisierungsoffensiven zum Trotz. Lange Wartezeiten und ineffiziente Genehmigungsverfahren sind weiterhin große Probleme im Tagesgeschäft der Bauunternehmer, die darüber hinaus wesentlich zu Kostensteigerungen von Bauprojekten beitragen. In der öffentlichen Verwaltung Brandenburgs besteht trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren weiterhin ein deutlicher Bedarf an qualifiziertem Personal (insbesondere) in den für das Bauen zuständigen Ämtern. Die Verwaltung steht vor der Herausforderung, die wachsenden Anforderungen durch den sich verschärfenden demografischen Wandel und zunehmender Digitalisierung zu bewältigen. Eine strategisch geplante Personalentwicklung, die eine effizient arbeitende Verwaltung erst gewährleistet, ist daher von großer Bedeutung, um den Herausforderungen der kom-

menden Jahre effektiv zu begegnen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung nachhaltig zu sichern.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Stärkung der personellen und infrastrukturellen Ressourcen in den für das Bauen zuständigen Verwaltungen.
- Digitalisierung von Verwaltungsprozessen: Weiterführung und Intensivierung der Digitalisierungsbestrebungen in der Verwaltung, um Medienbrüche zu vermeiden und die Bearbeitungszeiten zu verkürzen.
- Qualifizierung und Ausbildung von Fachpersonal fortwährend gewährleisten. Dies umfasst die Implementierung zielgerichteter Ausbildungs- und Studiengänge, die speziell auf die Bedürfnisse der Bauverwaltung zugeschnitten sind.
- Konsequente Implementierung digitaler Prozesse auf allen Verwaltungsebenen durch z. B. Einführung des digitalen Bauantrags (»virtuelles Bauamt«). Dieser setzt auf die Arbeit des federführenden Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern auf. Entsprechende Schnittstellen müssen bereitgestellt werden.
- Ressortübergreifende Anwendung digitalisierter Prozesse durchsetzen und stufenweise Einführung des Building Information Modeling (BIM) am Beispiel Nordrhein-Westfalens bei Landesbauprojekten unter Einbezug der Stabsstelle BIM.
- Offenheit und Transparenz bei der Auswahl der Software gegenüber dem Auftragnehmer sowie Bereitstellung offener Schnittstellen auf Seiten der Verwaltung und Konkretisierung der Anwendung von BIM in den Auftraggeber-Informationsanforderungen (AIA).

■ Nachhaltigkeit forcieren

Forderungen nach mehr Umwelt- und Klimaschutz in allen Lebensbereichen bestimmen den gesellschaftlichen Diskurs und drängen die Politik auf allen Entscheidungsebenen, entsprechend zu handeln und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Charakteristisch für die Bauwirtschaft ist hierbei, dass diese im Spannungsfeld einer Vielzahl von Forderungen steht: Bauprojekte stehen unter der Prämisse von immensen gesellschaftspolitischen Aufgaben bei gleichzeitiger Beachtung von Nachhaltigkeit, Bezahlbarkeit und Generationengerechtigkeit. Im Zuge der Klimaveränderung wird der schonende Umgang mit Ressourcen und Energie zu einem zentralen Thema für den gesamten Lebenszyklus von Bauwerken. Angefangen von der Planung, der Ausführung und dem Betrieb bis hin zum späteren Rückbau wird die Umweltverträglichkeit folglich zu einer grundlegenden Aufgabe für die Bauwirtschaft. Die beiden Komponenten Wirtschaftlichkeit und Funktionalität werden zukünftig durch Aspekte wie Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz erweitert werden. Beginnend mit der

Gewinnung von Baustoffen, über Bauverfahren und Betrieb bis hin zu Rückbau und Recycling müssen alle Aspekte des Bauens bei der Lebenszyklusbetrachtung einbezogen werden. Um dies gewährleisten zu können, ist der Einsatz digitaler Instrumente unerlässlich.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Schaffung klarer und pragmatischer regulatorischer Rahmenbedingungen, die sowohl die Energieeffizienz in Neubauten als auch die Sanierung des bestehenden Gebäudebestands fördern, ohne dabei unrealistische Anforderungen zu stellen.
- Ausweitung und Vereinfachung von Förderprogrammen für die Sanierung bestehender Gebäude und die Errichtung energieeffizienter Neubauten verstärken. Dies umfasst sowohl finanzielle Anreize als auch Beratungsangebote.
- Förderung von nachhaltigen Baustoffen und Schaffung von Anreizen für die Entwicklung und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe durch Subventionen, steuerliche Vorteile und vereinfachte Zulassungsverfahren.
- Akzeptanz von Recycling-Baustoffen steigern sowie eine auf die physikalischen Eigenschaften, den Stand der Technik und Produktneutralität fokussierte Verwendung von Baustoffen fördern.
- Entgegenwirken der Deponieknappheit durch Effizienz in Genehmigungsverfahren und Abkehr einer weiteren Verschärfung von Grenzwerten. Eine flexible Anpassung von Grenzwerten ermöglicht eine umweltverträgliche Nutzung von Bodenaushub.
- Ressortübergreifende Anwendung digitalisierter Prozesse durchsetzen und stufenweise Einführung des Building Information Modeling (BIM) am Beispiel Nordrhein-Westfalens bei Landesbauprojekten.

■ Bürokratische Belastung abbauen

Unverändert berichten die Unternehmen der Bauwirtschaft von einer stetigen Zunahme der bürokratischen Belastung. Diese Entwicklung betrifft sowohl kleine und mittelständische als auch große Unternehmen, die durch umfangreiche Regulierung, lange Genehmigungsverfahren und eine stetig wachsende Dokumentationspflicht in ihrem unternehmerischen Handeln eingeschränkt werden. Derzeit sieht sich jedes zweite Bauunternehmen mit einer hohen Bürokratiebelastung konfrontiert – Tendenz steigend. Die anhaltende Zunahme der bürokratischen Hürden schränkt die Unternehmen dabei nicht nur in ihrer täglichen Arbeit ein: Sie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit zusehends. Es ist daher dringend erforderlich, gegensteuernde Maßnahmen zu ergreifen. Die Modernisierung der für das Bauen zuständigen Ämter kann nur gelingen, wenn die Politik hier eine entsprechende personelle und infrastrukturelle Stärkung vornimmt. In den vergangenen Jahren wurde das Vergaberecht beständig komplexer. Immer mehr vergabe-

fremde Aspekte müssen von den Unternehmen nachgewiesen werden. Ohnehin mitgeltendes Nebenrecht wird zum Bestandteil des Vergaberechts gemacht, was die Vergabeverfahren zusätzlich verkompliziert. Das hat dazu geführt, dass die Ausschreibungsunterlagen immer umfangreicher geworden sind und weder von den Unternehmen noch von den Vergabestellen adäquat bearbeitet werden können. Ein ordentlicher Bieterwettbewerb ist schon längst nicht mehr gewährleistet, da sich immer weniger Unternehmen diesem Prozedere aussetzen. Auch ist unterhalb der Schwellenwerte der Vergabeprozess oftmals intransparent.

Die Brandenburger Bauwirtschaft fordert:

- Einsetzung einer Enquete-Kommission »Zukunft Unternehmen« analog zur Kommission »Zukunft Handwerk« in Nordrhein-Westfalen.
- Streichung der vergabefremden Aspekte aus dem Gesetz und Rückführung auf seine originäre Funktion: die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs.
- Wahl des wirtschaftlichsten – nicht des billigsten – Angebots sowie konsequenter Ausschluss unseriöser kalkulierender Bieter.
- Nutzung der qualifizierten SOKA-Bescheinigung durch die Vergabestellen.
- Einführung eines Unterschwellenvergaberechts-schutzes analog zu Sachsen-Anhalt oder Thüringen – auch Ausschreibungen im Unterschwellenbereich müssen justiziabel sein.
- Keine Einführung eines Vergabehandbuchs, sondern Erarbeitung eines allgemeingültigen Leitfadens für die Vergabestellen, der den Umgang mit allen zu berücksichtigenden Kriterien bei der Bewertung der Angebote und der Beuschlagung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit erläutert, analog zum Leitfaden des Freistaates Bayern.
- Wandel des Verhaltens der Verwaltungsmitarbeiter hin zu einem lösungsorientierten Ansatz unter Nutzung der vorhandenen Ermessensspielräume.
- Einführung klarer und einfacher Verfahren für Bauvorhaben, insbesondere durch die Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Genehmigungen und die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen.
- Reduzierung der Dokumentationspflichten: Kritische Überprüfung und mögliche Reduzierung der Dokumentationsanforderungen, die an Unternehmen gestellt werden. Ziel sollte es sein, nur solche Dokumente zu fordern, die für die sachgemäße Beurteilung und Abwicklung von Bauvorhaben unerlässlich sind.
- Transparente Kommunikation von Anforderungen: Die Verwaltung muss sicherstellen, dass alle Anforderungen und Änderungen in der Gesetzgebung klar und verständlich kommuniziert werden, um Unsicherheiten und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand zu minimieren.